

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3572

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3572



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Was der Ausverkauf der Neutralität bewirkt:

Milliardenhunger

Von Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit»

Die EU verlangt von der Schweiz plötzlich nicht mehr bloss eine «Kohäsionsmilliarde». Neuerdings verlangt sie herrisch zwei Milliarden.

Verkündet wurde diese «freundnachbarliche Forderung» von jenem neuen, soeben in Brüssel für das Dossier Schweiz ernannten Apparatschik – Maros Sefkovic mit Namen –, dem als wendigem Kommunisten das Diplomatenhandwerk seinerzeit noch in der sowjetischen Kaderschmiede beigebracht worden ist. Nachdem er damals das eigene Volk finanziell bis in den Ruin ausgebeutet hat, wird er jetzt im Namen des zutiefst überschuldeten EU-Apparats auf die Schweiz angesetzt.

Die Schweiz ist Kundin

Damit die Fakten zur von Brüssel ausgehenden Räuberei klar sind: Die Handelsbilanz der Schweiz gegenüber der EU ist seit Jahren passiv. Schweizer Firmen beziehen also weit mehr Waren und Dienstleistungen aus der EU, als Schweizer Firmen dorthin exportieren. Und Schweizer Firmen bezahlen, was sie aus der EU beziehen.

Anders als zum Beispiel Griechenland, dem die Europäische Zentralbank zuerst mit neu gedrucktem Geld faktisch wertlose Staatspapiere für Milliarden zum aufgedruckten Nominalwert abkaufen muss, auf dass das in Tat und Wahrheit längst bankrotte Griechenland auf Einkaufstour gehen kann.

Die Schweiz ist also Kundin der EU. Gute Kundin – denn sie bezahlt, was sie einkauft.

Transitwege – für die EU stark verbilligt

Die Schweiz stellt der EU überdies teure, gut ausgebaute Transitstrassen für den Nord-Süd-Warenverkehr massivst vergünstigt zur Verfügung. Sie hat,

unschätzbare Dienst zugunsten der EU, die Neat vollständig auf eigene Kosten gebaut. Sogar mehrere Zufahrtslinien im EU-Ausland wurden vom Schweizer Steuerzahler finanziert.

Ist dem Trampeltier-Apparatschik beizubringen, dass das Nichtmitglied Schweiz der EU für Transitpassagen durchaus auch die effektiven Kosten in Rechnung stellen könnte?

Oder will Brüssel uns Schweizern gar mit Boykott drohen? Uns künftig verbieten, Audis, VWs, BMWs und Mercedes' noch kaufen (und bezahlen) zu können? Ob das die Schweizer Automobilkäufer härter treffen würde als die deutschen Hersteller? Dass auch die Japaner zuverlässige, hochwertige Autos bauen, ist Herrn und Frau Schweizer jedenfalls wohlbekannt.

Die Liquidatoren der Neutralität

Schlimm nur, dass die Clique der Neutralitäts-Ausverkäufer zu Bundesbern, die Nussbaums, Markwalders usw. die zwei Milliarden den Schweizerinnen und Schweizern tatsächlich – ohne jedwede Rechtsgrundlage – abluchsen wollen. Man will Brüssel schliesslich gefällig sein. Um zu Brüssel vielleicht gar einmal ein Pöstchen (wenn auch nur am Katzentisch) zu ergattern. Weil dort, wie sie uns glauben machen wollen, der «Duft der grossen weiten Welt» eingeatmet werden könne.

Nicht weniger schlimm ist, dass die Schweiz derzeit selbst im Blick auf schlicht unsinnige Millionen- und Milliardenforderungen eine offene, weltweit Erpresser anlockende Flanke zeigt: Bundesbern will schliesslich in den Uno-Sicherheitsrat. Bundesbern will zusammen mit den Grossen und Mächtigen dieser Welt – wenn auch bloss als Zwerg in deren Schlepptau – über Krieg und Frieden entscheiden, womit die für unser Land in der Vergangenheit so segensreiche Neutralität kurzerhand der Geltungssucht von Möchtegern-Weltpolitikern geopfert werden müsste. Um schlussendlich zum Sicherheitsrats-Mitglied gewählt zu werden, buhlt Bundesbern allenthalben mit Millionen und Milliarden um Stimmen.

Für Afghanistan – wo die jetzt herrschenden Taliban seit Jahren vom weltweit organisierten Drogenhandel leben – hat Bundesbern rund eine halbe Milliarde aufgewendet. Schon bevor jene Grossmächte, die in Afghanistan jahrelang militärisch präsent waren, jetzt aber überstürzt abgezogen sind, irgend welche Zahlungen beschlossen haben.

Geldgieriges Brüssel

Berns offene Hand hat man in Brüssel natürlich bemerkt – worauf die nie und nimmer der EU geschuldete Milliarde, die man von Bern verlangt, kurzerhand verdoppelt wurde. Darauf zählend, dass die erwähnten Neutralitäts-Ausverkäufer eifertigst Partei für Brüssel ergreifen werden.

Und die Steuerzahler werden's einmal mehr erfahren: Solange zu Bundesbern am Konzept «Alle gegen die SVP» festgehalten wird, ist davon auszugehen, dass Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um die zwei von Brüssel geforderten Milliarden auch gebeutelt werden.

Ulrich Schlüer